

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40, Reichstagstrasse 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsgeschaltete Nonpareilleiste 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpf.

Geschichtskalender: 24. bis 30. Juli.
28. Juli 1889: Gründung der Zählstelle Hamburg des Müllerverbandes.
28. Juli 1898: Brauereiarbeiterauskunzung in Cottbus, Verbotung auf Heraushebung der Sonntagsarbeit auf abwechselnd 3 Stunden.

29. Juli 1893: Erstmalige Gründung des Orléansvereins Breslau.
29. Juli 1894: Der Fachverein der Brauer in München schließt sich dem Verband an.
30. Juli 1889: Gründung der Zählstelle Halle des Müllerverbandes.
30. Juli 1892: Erstmaliger günstiger Abschluss mit den Brauereien in Kiel. Arbeitsordnung, Lohn, Arbeitszeit.

Aerztliche Untersuchung von Lastträgern.

Die technische Rationalisierung der Arbeit geht dahin, den Menschen die körperliche Arbeit nach Möglichkeit abzunehmen und sie durch Maschinenkraft zu ersetzen. Von dieser Entwicklung ist auf dem Gebiete des Lastträgens, besonders im Müllereigewerbe, weniger zu merken, als vom ärztlichen Standpunkte und unter Berücksichtigung der Gesundheitsschädigungen, die das Lastenträgen mit sich bringt, zu verlangen wäre. Das liegt an der mangelnden Einsicht des Unternehmers, der die Billigkeit der Betriebsführung und die hohen Preise der Maschinen vor die Gesundheit seiner Arbeiterschaft stellt. Es soll aber nicht verkannt werden, daß der Grund hierfür auch an der Eigenart der Arbeitsverhältnisse liegt. Vieles, wie z. B. das Stapeln der Säcke und das Auf- und Abladen der Wagen in kleineren Bäckereibetrieben, das Tragen über Treppen und Stufen, auf für Karren und Kräne ungeeigneten Boden, kann kaum jemals vollkommen von der Maschine geleistet werden. Der gewerkschaftliche Kampf zieht schon seit Jahrzehnten auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Verringerung des Sackgewichtes ab. Dem Einfluß und der Energie der Gewerkschaften ist es zu danken, daß auf der „Gesolei“ in Düsseldorf im September 1926 eine Kommission von Hygienikern getagt hat, die sich auch mit dieser Frage beschäftigt hat. Sie hat einen Bericht ausgearbeitet und diesen dem Internationalen Arbeitsamt in Genf überreicht. In Erkenntnis der internationalen Bedeutung des Sackgewichtes für den Welthandel wird das Genfer Arbeitsamt seine endgültige Stellungnahme zu der Frage veröffentlichen.

Wenn auch allgemein die Gesundheitsschädigungen, die durch Zwei-Zentner-Säcke hervorgerufen werden, als möglich angenommen werden, so fehlt doch bisher bei dem geringen Interesse der medizinischen Wissenschaft und Verzettewelt eine Untersuchung über diesen Gegenstand. Nachdem sich nunmehr die Gewerkschaften eine gewerbehygienische Abteilung im ADGB geschaffen haben, hat diese die Aufgabe, derartige Untersuchungen zu veranstalten und durch das so gewonnene Material Unterlagen für sozial-politische Forderungen zu liefern. Auf Anregung und gemeinsam mit dem Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter ist nun eine derartige ärztliche Untersuchung angestellt worden, an der außer Genossen Dr. Meyer-Brodzitz der Facharzt für Chirurgie, Oberstabsarzt a. D. Dr. Ballentin und ich teilgenommen haben. Die Untersuchung ist keineswegs beendet; es ist geplant, sie noch über mehrere hundert Fälle auszudehnen, um den gewonnenen Zahlen und Ergebnissen, welche auch schon jetzt ein erschreckendes Licht auf die gesundheitlichen Folgen des Tragens schwerer Lasten werfen, größeres Gewicht zu verleihen.

Unsere Untersuchungen erstrecken sich auf hundert Kollegen, die durchschnittlich im 40. Lebensjahr standen. Im allgemeinen übten sie ihren Beruf 15 bis 20 Jahre lang und darüber aus. Als Ergebnisse dieser Untersuchung möchten wir vorläufig das Folgende hervorheben:

I. Das Lastenträgen ist ein Beruf mit sehr hoher Unfallziffer. Meistens handelt es sich um Quetschungen, die durch abrupte Säcke oder durch Sturz mit der Last verursacht wurden. Aber auch Brüche, Verlust einzelner Finger, Versteifung in den Gelenken, Verrenkungen usw. kommen vor. Die vom Unfall Betroffenen können ihre schwere Arbeit weder ändern noch erleichtern. An inneren Krankheiten hatten fünf offensichtliche Schwindsucht, einige typische Atemnot und Herzbeschwerden. Gerade die Kreislauferkrankungen sind charakteristische Folgeerscheinungen der körperlichen Überanstrengung.

II. Zwei Drittel der Kollegen hatten Leisten- und Hodenbrüche oder Anlage dazu! Durch die jahrelange Unspannung aller Muskeln werden auch die Bauchmuskeln überanstrengt und pressen den Bauchinhalt langsam nach unten und außen. In der Leistengegend, wo dem Druck der Bauchmuskeln der geringste Widerstand geboten wird,

bilden sich allmählich erst Bruchanlagen. Und da die schwere Arbeit und das Schwitzen das Tragen eines Bruchbandes zur Qual machen, so ist es nur eine Frage der Zeit, wann aus der offenen Anlage ein echter Bruch wird. Wenn es zum echten Bruch gekommen ist, so tritt der Darm in der Leistenbeuge als Geschwulst unter der Haut hervor. Die Größe solcher Geschwülste schwankt zwischen der eines Taubeneies bis zu der eines Kinderkopfes und verursachen naturgemäß erhebliche Beschwerden. Auch können sie durch Einklemmung zu lebensbedrohlichen Zuständen führen.

III. Fast ebenso zahlreich wie Eingeweidebrüche finden wir Krampfadern (nämlich in über der Hälfte der von uns untersuchten Kollegen). Auch hier kann der Lastträger kaum etwas gegen sein Leiden tun, da Wicklungen und Gummistrümpfe bei der Arbeit hindern. Die Krampfadern werden also immer größer, führen zu Schmerzen in den Beinen, brechen in das Unterhautzellengewebe durch und erzeugen langwierige lästige Geschwüre.

IV. Der Prozentsatz an Platt- und Knickfüßen beträgt 36 Proz., 28 davon hatten ausgesprochenen beiderseitigen Senksfuß, die zu stärkeren Beschwerden Anlaß geben. Wenn man diese Zahlen mit der Durchschnittszahl der normalen Bevölkerung vergleicht, so ergibt sich, daß diese Veränderung des Fußesetts bei Lastenträgern um ein Vielfaches häufiger vorkommt. Das Fußgewölbe, das nur für die Last des eigenen Körpers bestimmt ist, wird durch die dazugekommene Zweizentnerlast einfach plattgedrückt. Die Beschwerden beim Gehen, die ziehenden Schmerzen in den Unterschenkeln können namentlich ältere Arbeiter bis zur Arbeitsunfähigkeit bringen.

V. Unsere Untersuchung zeigt eine auffallende Häufigkeit von Rückgratsverkrümmungen. Und zwar finden sich hauptsächlich Verbiegungen nach links, da sich das Rückgrat der Last entgegenkrümmt, die ja meistens links getragen wird. Außerdem verbiegt sich das Rückgrat häufig zu dem, was der Arzt einen „runden Rücken“ nennt. Die Bedeutung dieser Verkrümmungen, die wir bei ungefähr einem Drittel unserer Fälle konstatieren konnten, ist nicht zu unterschätzen. Denn sie führen zur Verlagerung und Behinderung der Brustorgane (Herz, Lunge, große Gefäße, Zwerchfell). Gerade diese Organe werden bei der Tätigkeit überanstrengt, so daß hier in erster Linie der Grund zu suchen ist für die häufigen Beschwerden und Krankheiten des alternden Lastträgers. Außer diesen Knochenveränderungen fanden wir noch Missgestaltungen der Beine, von denen besonders die betroffen waren, die schon in jungen Jahren ihren schweren Beruf ergreifen mußten. Wir hören oft von solchen Kollegen, daß sie schon mit 15 oder 16 Jahren mit dem Lastenträger angefangen haben. Das ist natürlich bei weitem zu früh; denn in diesem Alter ist das Knochengerüst noch nicht ausgereift und leicht vertraglich. — Wenn unsere Untersuchungen schon für den männlichen Körper so eingreifende Veränderungen ergaben, so sollte es wohl keines Wortes bedürfen, um zu beweisen, daß diese Arbeit für Frauen und Männer jährig die denkbare ungeeignetste ist. Immerhin wird auch jetzt noch in unserem zivilisierten Deutschland solch ein Missbrauch mit der Volksgesundheit getrieben.

Welche Schlüsse kann man aus dieser ärztlichen Untersuchung von Lastträgern und Mühlenarbeitern ziehen? Die hohe Zahl der Unfälle, der Leisten- und Hodenbrüche, der Krampfadern, der Platt- und Knickfüße, der Wirbel- und Beinverkrümmungen, der Schädigungen der inneren Organe, die durch die ärztliche Untersuchung als Folge des Berufes festgestellt wurden, ergeben mit zwingender Notwendigkeit folgende Forderungen im Interesse der Gesundheit und der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit:

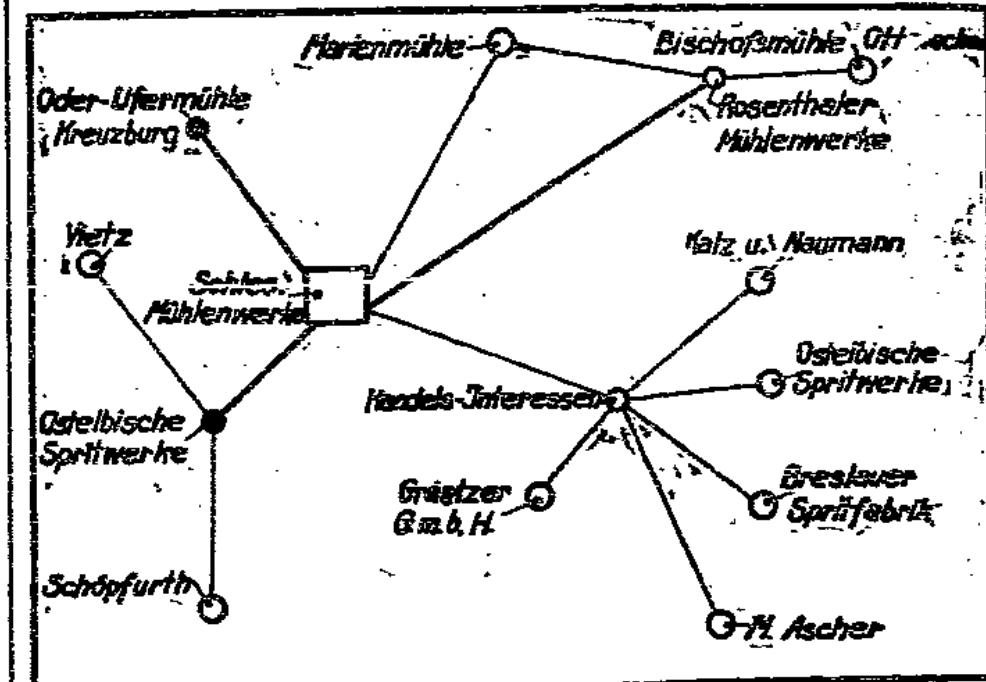
Beseitigung der Zwei-Zentner-Säcke!

I. Das Sackgewicht darf auf keinen Fall 75 Kilogramm übersteigen und ist nach Möglichkeit auf 60 Kilogramm zu verringern.

Der neue Mühlen-Konzern.

Nachdem der Spritkonzern (Ostwerke-Schultheiß-Baumhofer) vor Monaten seine Interessen in einem besonderen Konzern, der J. Wolf U.-G. in Berlin vereinigt hat, sind jetzt die Ostwerke darangegangen, ihre Mühlen- und Handelsinteressen, soweit sich letztere auf den Handel mit landwirtschaftlichen Artikeln beziehen, in einer besonderen Gesellschaft zusammenzufassen. Die Zusammenfassung ist in der Art geplant, daß die einzelnen Gesellschaften selbstständig bleiben. Doch soll die ganze Wirtschaftsführung bei der Schlesischen Mühlenwerke U.-G. in Breslau konzentriert werden.

Die Schlesischen Mühlenwerke U.-G. in Breslau verfügte bisher über ein Kapital von drei Millionen Mk.; angegliedert waren in ihr die Holländer G. m. b. H. Bernstadt in Schlesien, die Marienmühle G. m. b. H. in Breslau und die Landeshuter Mühlenwerke U.-G. Landeshut, Schlesien. Zu dem neuen Konzern wird auch die Rosenthaler Mühlenwerke U.-G. in Rosenthal bei Breslau ge-



hören. Bisher bestand schon zwischen den Schlesischen Mühlenwerken und den Rosenthaler Mühlenwerken eine Interessengemeinschaft. Den Rosenthaler Mühlenwerken untersteht auch die Bischofsmühle G. m. b. H. in Ottmachau. Der Interessenkreis wird weiterergänzt durch die rechte Osterbischen Spritwerke, Produktionsabteilung G. m. b. H. in Biehla d. Orlaibahn und in Schöpfurt i. d. Markt.

Für die Angliederung von Handelsgesellschaften kommen in Frage die Waren-U.-G. Herz u. Naumann, Görlitz-Hamburg, die bereits genannten Osterbischen Spritwerke, Produktionsabteilung G. m. b. H. in Berlin, die Breslauer Spritfabrik, Produktionsabteilung in Breslau, die Graeber G. m. b. H. in Großstrehlitz und die M. Ascher G. m. b. H. in Neusalz.

Die Ostwerke werden ihre Beteiligung an den genannten Werken in die Schlesischen Mühlenwerke U.-G. einringen.

Die Transaktion soll in der Art durchgeführt werden, daß die Schlesischen Mühlenwerke U.-G. ihr Kapital von drei Millionen auf 1,8 Millionen herabsetzt und dann eine Kapitalerhöhung um 2,6 Millionen vornimmt.

2. Anerkennung der gesundheitlichen Schädigung durch Lastenträger als Berufskrankheit durch Gleichstellung mit den entschädigungspflichtigen Betriebsunfällen. (Gemeint sind in erster Linie Leistenbrüche, schwere Krampfadern, Knick- und Plattfüße, die zur Arbeitsunfähigkeit führen, Herz- und Gefäßkrankheiten, soweit sie als unmittelbare Berufsschädigung anzusehen sind.)

3. Verkürzung der Arbeitszeit, wenn der Arbeitsweg länger als 20 Meter ist.

Solangen vom Menschen Lasten berufsmäßig und Jahre hindurch getragen werden müssen, werden auch Gesundheitsschädigungen nicht vermieden werden können. Die vorsichtige Bekämpfung der durch Lastenträger entstandenen Gesundheitsschäden bleibt die Ausschaltung der menschlichen Kraft und ihr Ersatz durch technische Hilfsmittel und Maschinen. Es muß sich der Gedanke durchsetzen, daß die Arbeitskraft und ihre Erhaltung ein hohes Gut ist, zu dessen Pflege und Bewahrung auch die größten Aufwendungen für technische und gesetzgeberische Verbesserungen sich voll bezahlt machen.

Martin Grotjahn.

Adressen der Wahlbörnner.

Wir bitten, von folgenden uns mitgeteilten Änderungen Notiz zu nehmen:

5. Wahlkreis. Wahlbezirk Berlin; Wahlkabinett Käst.
20. Wahlkreis. Wahlbezirk Leipzig; Wahlkabinett Käst.
50. Wahlkreis. Wahlbezirk Bremen; Wahlkabinett Otto Wenzel, Bremen; Kaiserstr. 22.

Zur Diskussion über den Zusammenschluss.

Sehr vieles wurde in unserer Verbandszeitung in letzter Zeit geschrieben über die Verschmelzung, aber ein klares Bild kann man in einem Artikel herausfinden, ein Für und Gegen die Verschmelzung. Der einzige, der bis jetzt erkannt, die uns zu drohen scheint, ist Kollege Hodapp, Berlin. Er hat in ausführlichen Worten klar gelegt, wenn er möchte, nur solche Delegierten zum Verbandstag nach Leipzig zu senden, die gegen eine Verschmelzung mit den Börsen und Fleischern sind. Dass selbstverständlich die Börsen mit uns zusammengehören, wird niemand bestreiten, denn in jeder größeren Branche sind die Börsen vertreten. Die Zahlstelle Signaringen war bei der letzten Abstimmung vollständig gegen die umfassende Verschmelzung und vertritt heute noch den gleichen Standpunkt, denn mit dieser Heirat werden wir nicht viel herausbringen, im Gegenteil können wir noch die Hochzeitskosten bezahlen. Kollege Hodapp bezeichnet diese Ehe als eine Unternehmeherei und das mit Recht. Wäre dieser offizielle Ortsvereinlich aufzugeben, vor der letzten Verschmelzungabstimmung bekannt gewesen, dann hätte die Sache ein anderes Bild bekommen. Noch ist es Zeit, noch könnten wir auf unsere Vorläufigkeit zurückblicken, die uns bisher die rechte Bahn geführt haben. Unsere Lösung soll sein: „Bleibe an dem, was du gelernt hast und die vertraut ist.“

Aberle, Signaringen.

Wenn es so ist, dann nicht!

Wenn ich damals als Verschmelzungsbefürworter hergerufen bin, so war es aus ehrlicher Überzeugung. Das durch das immer mehr erfahrende Unternehmertum starke, fest zusammengefügte Industrieverbände geschaffen werden müssen, davon bin ich heut noch überzeugt. Das nach und nach alle Verbände dazu übergehen müssen, sich in großen Industrieverbänden zu vereinen, um ihre Schlagkraft zu erhöhen, wird uns die Zeit lehren. Bei manchem ist die Struktur zum Zusammengehen eine leichtere wie bei dem andern, aber trotz allem darf der Gedanke an einen Zusammenschluss nicht fallen gelassen werden, und man wird dazu schreiten müssen, ehe man es beabsichtigt hat. Auch darf man aus egoistischen Motiven heraus, wie die Diskussion darüber läuft, die Struktur von Industrieverbänden nicht verhindern. Bei dem kleinen Verband der Fleischer, auch bei den Börsen ist ja noch überwiegend das Kleingewerbe vorherrschend, das ist richtig. Doch bin ich überzeugt, dass bei dem Zusammenschluss zu einem großen Verband die Schlagkraft der Organisation sich hebt und das Vertrauen der Mitglieder wächst und zu einem großen Mitgliederverband sich auswirkt wird. Wenn man sich mal in den Börsen umsieht: das Löhrlingsunwesen, die lange Arbeitszeit, die Röhne; dieses alles werden die Organisationen gar nicht allein überwinden. Und wenn man die Handwerkskammer nicht durch unsern Einfluss zwinge, einzuschreiten, geht das alte Lotterleben so weiter. Dieses kann nur durch eine starke Organisation gesetzt werden. Dieses wird gewiss Arbeit und Opfer kosten, aber durch die Erfolge wieder eingebrochen. Der Zusammenschluss mit den Börsen hat schon längst erfolgen müssen. Naturgemäß gehören wir zusammen.

Nun endlich muss das Fundament, auf dem der Industrieverbund aufgebaut werden soll, kein wackiges sein. Mein Kollege Borkert in seiner Begeisterung sagt, dass grundsätzlich an den Sitzungen nichts zu ändern sein wird, hätte ich jetzt entgegengesetzt, das dieses war ein Entwurf an den Sitzungen ist,

und der Verbandstag sein entscheidendes Votum geben wird. Diese Sitzungen in ihrer Gesamtheit sind dazu da, die Verschmelzung zu unterbinden. Denn die Gegner dieses Monstrums sind in der Mehrheit, wenn ich nicht irre, innerliche Gegner. Auf die einzelnen Paragraphen will ich nicht eingehen.

Man lebt die Kampfsorganisation, das ist richtig, aber unsere Unterstützungsseinrichtungen haben zu dem Aufbau unserer Organisation wesentlich beigetragen. Und heute will man abauen, den alten im Kampfe Erreichten werden die Rechte befristeten, Verkürzung der Unterstützung, auch der Förderunterstützung, kostspieliger Verwaltungspapar, Steigerung der Beiträge usw., dieses alles würde sich zum Gegenteil auswirken. Die Invalidenunterstützung ist zu begrüßen, doch kann auf dieser Grundlage nicht gefolgt werden: Die Beteiligung ist zu groß. Das kann ein Milliardenbetrag mit 48,60 Mark Börsenlohn bei uns im Industriegebiet bei den immer steigenden Abzügen nicht leisten. Zu diesen Verpflichtungen gesellen sich noch andere. Letzter hat sich noch kein Parlament, keine Regierung dieser Frage angemommen.

Die größte Sorge ist das Beamtenamt. Für die finanziell eingesetzten Verschmelzungsgegner ist dies ein gefundenes Fressen. Mit schwarzen Farben wird das aufgetragen. Kollege Hodapp hat in manchen Punkten Recht, auch er steht schwarz. Den Betäubern macht es ja besonders gruselig, denn in den allerwenigsten Orten wird ein Bußgeld zur Unterstützung gezahlt aus lokalen Mitteln.

Der Verbandstag ist dazu da, den Industrieverband auf gesicherter Basis aufzubauen. Kollegen, wählt die richtigen Vertreter, stellt gefundene Anträge, so wird aus gesuchtem Sinn Gefüdes gehäusser werden. Wenn es aber so ist, wie es vor uns liegt, dann nicht!

A. Schleicher, Lüttichdortmund.

Waren mit erst starke Befürworter der Verschmelzung (von 240 Abgeordneten waren 200 dafür), so muss heute festgestellt werden, dass sich die Kollegen in der Aussprache über den Statutenentwurf in der Verkommung am 11. Juli fast durchweg gegenseitig ausgesprochen. Wenn auch das Ziel, ein Großes und Ganzes zu bilden, nicht aus dem Gesichtsfeld verschwunden ist, so ist der Kaufpreis denn doch zu hoch. Durch die Verschmelzung sollten doch wohl Verbesserungen erzielt werden. Die Kollegen sehen erkennen, dass unser Verband durch unsere Unterstützungsseinrichtungen so groß geworden ist, wie er heute ist, auch in bezug auf die Beitragsfrage. Nach § 41 Absatz 2 sind es nun gerade die älteren Kollegen, die nun die meisten Höhe lassen müssen. Der Unterstützungsbeitrag wird von 120 Tage auf 90 Tage herabgesetzt. Ist das als Belohnung für langjährige Verbandszugehörigkeit gedacht? Wir als Antragsteller des letzten Verbandstages erhalten nun in dem § 45 allerhand geboten. Zuerst zahlen die Invaliden anstatt 10 Pf. 20 Pf. pro Woche. Werden die Renten nun auch um 10% erhöht? Die Stellung der Beiträge zur Invalidenrente von 10 bis 20 Pf. ist doch wohl etwas hoch. Stellen wir uns vor, dass der Löhrlingsbeitrag 1,20 Pf. der Lokalbeitrag 30 Pf. und der Invalidenbeitrag ebenfalls 30 Pf. ausmachen, so dass 1,80 Pf. pro Woche zu zahlen sind. Wie soll sich ein solcher Beitrag agitatorisch auswirken! Die Mehrzahl der Mitglieder zahlt doch 30 Pf. Invalidenbeitrag! Wenn man auch eine kleine Erhöhung der Rente eintritt, so trüben uns 30 Pf. immer noch nicht ein.

S. 56 besagt: 10 Proz. der Einnahmen verbleiben am Ort, um alte Agitationskosten usw. zu bestreiten. Altenburg als mittlerer Ortsbereich bearbeitet 18 Orte mit 20 Betrieben! Was soll mit 10 Proz. angefangen werden, mein jeder Ort, wie es mit den Kleinmärkten nun einmal ist, nach ständigem Lohnabschluss noch extra bearbeitet werden muss. Die Poststellen werden dadurch dermaßen belastet, so dass der Beitrag dann zwei Mark wird. Und damit soll agitiert werden?

Um meiste empörten sich die Kollegen über die Schlussfolgerung des Kollegen Bagert, dass es an dem Entwurf keine Änderungen mehr geben könne. Die Kollegen haben der

Meinung Ausdruck, nur einem Kollegen zum Verbandstag die Stimme zu geben, der Gegner dieses Entwurfs ist, also Gegner der Verhelfsleitung.

Zur Diskussion über die Verschmelzung.

Der letzte Satz im Absatz 2 der Resolution auf dem Augsburger Verbandstag heißt: Der Verbandstag ist der Aufsichtsrat, doch ist er ein frisch gekauft und kein Hindernisgrund zur Gründung einer Industrieorganisation mehr. Diese Resolution ist einstimmig angenommen worden. Warum ich das schreibe? Weil in E. mancher Gegner von heute, wie es scheint, entweder nicht mehr weiß, was in dieser Resolution gefragt ist, oder doch nicht mehr daran erinnert sein möchte.

Diese Resolution ist am 9. Betriebsabstagsangemommen worden — also zu einer Zeit, wo man noch nicht wusste, ob auch der mit einem gestellte Antrag: „die Verlängerung der Belegschaftszeit auf 120 Tage zu erhöhen“, angenommen wird. Zwei Tage später erst wurde dieser Erhöhung zugestimmt; und fass hat man das Gefühl, dass es heute, um Argumente gegen die Verschmelzung zu bringen, schlecht bestellt wäre, wenn man sie nicht erst geschaffen hätte, nachdem man vorher für die Verschmelzung plädiert und gestimmt hat.

Doch bleibt, das sei offen gestellt, nach wie vor Anhänger der Verschmelzung, auch wenn ich weiß, dass wir in materieller Hinsicht Nachteile haben. Bis jetzt sind von den Gegnern der Verschmelzung nur Gründe in materieller Hinsicht gebracht worden, einen sachlichen Grund vermissen ich immer noch. Können aber die materiellen Verluste, die sich in 20 bis 30 Tagen Unterstützungsbeitrag auswirken, der Grund sein, einer Idee, die schon solange propagiert wird, als unsere Organisation alt ist, zu entsagen? Ich kann es nicht, schon deswegen nicht, weil ich mit den Vorwurf der Zentralisation das Wort gerichtet habe. Haben sie nicht, sogar häufig im Gegensatz zu vielen Mitgliedern, dahingehend gewirkt, dass solche Verschmelzungen aufstehen kamen, trotzdem man wusste, dass sogar materielle Nachteile in Kauf genommen werden müssten? Sollte man dies nicht verstehen, was ich damit meine, so sei nur daran erinnert, dass im Laufe des letzten Jahrzehnts Hunderte von Betriebs-, Innungs- und Krankenkassen den Weg der Zentralisation gegangen sind, obwohl ein Gewinn für den größten Teil der Verschmelzungen nicht zu erwarten war, ja, ich behaupte sogar, dass bei den Betriebskrankenkassen in den meisten Fällen Verschlechterungen eingetreten sind. Erhöhte Beiträge, Herabsetzung der Unterstützung. Sind nicht viele, viele kleine Kommissionsgeschäftsinstitutionen, die ihren Mitgliedern gute, materielle Vorteile boten, den Weg der Zentralisation gegangen? Ist in den Fällen der Erfolg eingetreten, den man nicht verloren hat? Gana gewiss nicht und trotzdem muss jeder, der sich der unbedingten Notwendigkeit bewusst ist, dafür einsetzen, dass die Zentralisation gefördert wird. Sollte es denn bei der Verschmelzung von einzelnen Verbänden, die zu einer Industriegruppe gehören, etwas anderes sein? Das vermag das nicht einzusehen und bin daher für die Verschmelzung.

Der Kollege Willi Schmidt, Berlin, hat z. L. in wenigen Worten gesagt, woraus man weiter konsequenterweise zu der Auffassung kommen muss, Befürworter der Verschmelzung ist seit. Er hat nur zu recht, wenn er sagt: „Dass beim Ortsausschuss angefangen, bis in die Spitzen des ADGB, Ortsräte, Kästen, Schlichtungskammern usw., die Stellen können auf dem Wege zu Industrieverbänden sich bewegen. Organisationen beherrscht werden und der Einfluss der kleinen Verbände gar nicht in Frage kommt.“ Eine Tatsache ist ferner, dass durch die Verschmelzung der Einfluss in der Öffentlichkeit nur gewonnen kam. Diesen Einfluss zu gewinnen gilt, wie scheint, bei den Verschmelzungsgegnern nicht viel. Haben denn aber die Kollegen schon wieder vergessen, was für Kommentare angestimmt wurden, weil diese oder jene Arbeitsergebnisse ihre Spalten verschlossen hielten, oder doch nur stark zusammengestrichene Artikel brachte unlös-

Vom Met zum Bier.

Ein Drägerant P. M. G. S. e. m. p., Berlin-Gesundbrunnen.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Wenn wir auch nicht wissen, wann die „Entdeckung“ des Bieres gemacht wurde, so ist uns doch bekannt, dass ein alter ägyptischer Gott bereits bei den alten Ägyptern eine große Rolle spielte. Zug der Niederlieferung dieses Volkes ist es von dem Gott Osiris selbst in der Kunst des Brauens unterweisen worden. Da den alten Ägyptern aus religiösen Gründen nicht nur Rohzucker und Getreide, sondern auch Getreidegekochte mit ins Grab gegeben wurden, so haben uns die Grabesfunde tiefen Einblick in die alten ägyptische Kultur ermöglicht. Die ägyptische Abteilung des Berliner Museums hat aus einem jahrtausendlangen eine kleine 6000 Jahre alte Tonfigur, die mit den ägyptischen Geistern bearbeitet. Wenn man bedenkt, wie eng diese Zugehörigkeit mit dem Brauen zusammenhangt, so haben wir hier eine besonders interessante Darstellung gewissermaßen Art der menschlichen Geschichte, welche fast alle Phasen der menschlichen Bierherstellung erläutert. Sie zeigen nicht nur das Zerstampfen der Getreie, das Zerkleinern der Körner und das Kochen des Weizenbieres, sondern auch das Abfüllen auf Tonplatten. Zug der Niederlieferung dienten die alten Ägypter ihrem Gott Osiris die Erzeugung des bewundernden Getreides aus Getreide durch steigende Gewässer.

Aus der geschichtlichen Zeit ist folgende Auszeichnung der Bierherstellung bekannt: Getreie, gewaschen und gewaschen, wobei sie ein und zweitiefe ist aus einer Reihe, indem die Saatzeit beginnt und zweite gewaschen ist. Das ist gegen Weizen und jede durch ein Ende einer seines Endes. Wenn man wird hier schon eine einzige Saatzeit des Getreides vor dem Brauen empfehlen. Das einzige Getreide der „Kopf“, wird nach dem in etwa der gleichen Weise bearbeitet.

Über die Beliebtheit und Wirkungen des ägyptischen Biers wissen wir manches. Die vierzigste Ode des Homer ruft dem Getreide zu, dass man es befreie mit dem Lebenhaft vergleichend. Außerdem hebt die Wirkung des starken ägyptischen Bieres so hervor: Die Leute tanzen und singen; sie neigen zu allen Ausschreitungen wie nach dem Genuss von Wein. Der Philosoph Aristoteles, der mit Alexander dem Großen nach Ägypten kam, hat sogar eine Feststellung gemacht, über deren Richtigkeit unsere Zeiter selbst Untersuchungen anstellen mögen. Dieer weise Mann beschreibt nämlich: Weinrausche werde von der alkoholischen Wirkung des Bieres dadurch unterschieden, dass Biertrinker auf dem Rücken liegen, Weintrinker aber mit dem Gesicht auf der Erde.

Genau so, wie die Ägypter ihrem Gott Osiris die Erfindung des Bieres zuschreiben, so räumen die Germanen das dem Könige Romulus nach. Zug die Beliebtheit eines hierarchischen Getreides, des „Met“, ist in Mitteleuropa der Bericht von Tacitus klassisch, der in seiner Germania sagt: „Ihr Getreide ist ein Getreide aus Getreide oder Weizen, welches ähnlich dem Wein eine Garung überstanden hat.“

Wie weit die Germanen die Kunst des Malzens schon damals kannten, ist nicht anzuhören. Anzunehmen ist, dass sie durch Beobachtung ausgewaschenen Kornes, welches sich leicht verzersetzt, das Malzen ersetzen. Feindlos haben sie den Weißbierbrauk, die Verarbeitung des Weißbiers, in einer Kochgrube bei sich gelassen. Eine solche Grube wurde durch Steine, Holz oder Tierhaut abgedichtet. Die darin befindliche Masse wurde durch Feuerwerken heißer Stein nach und nach auf eine solche Temperatur gebracht, dass sich der Zersetzungsvorgang vollzog. Es ist anzunehmen, dass der Met einen beim Zersetzen ähnlichen Geschmack gehabt hat. Außerdem ist der Met ein sehr feiner Bier, welches kaum eine Garung überstanden hat, das Met ein recht alkoholisches Getreide gewesen sein dürfte.

Früherzeitig erkannte man, dass für die Aufbewahrung des Biers kalte (kellerartige) Räume und gut verschließbare Tonfässer zweckmäßig sind. Das Märkische Museum in Berlin hat 3. derartige Gefäße der Germanen, die einst die Mark Brandenburg bewohnt haben.

Wie bei den alten Ägyptern der Bierbrauk beliebt war, so

galt das auch von den alten Deutschen. In dieser Hinsicht sind nicht nur Mitteilungen des Tacitus, sondern auch die „Lebenserinnerungen des Jupiter Hanns von Schweinfurt“ aus dem 15. Jahrhundert sehrreich, nach denen ein guter Rauch die Seele jeder Lustbarkeit war. Der antinierenden Wirkung des Bieres haben im übrigen bis in unsere Tage hinein so zahlreiche Völker angenäherte Seiten abgewinnen gewusst, dass sogar die „Trockenlegung“ Nordamerikas daran nach zufriedenstelligen Berichten nicht viel geändert hat.

Met im heutigen Sinne wurde allerdings erst durch die Einführung der Hopfenflockung erzielt. Diese ist zuerst im Jahre 1619 urkundlich erwähnt. Hopfen verändert nämlich nicht nur den Geschmack des Getränks, sondern sichert auch einen Garungsvorlauf unter Ausschluss unerwünschter Mikroorganismen. Dieses reine Bier wurde dann im Mittelalter hauptsächlich in Klöstern gebraut und hier das Bräuen zu einer wahren Kunst entwickelt. Ein bayrisches Kloster kann denn auch für sich die Erfindung der Untergärung in Anspruch nehmen. Zur Zeit der Reformation hatte sich in Norddeutschland das Bräugebier schon aus primitiven Hausebrettern zum wohlorganisierten Kunstwesen entwickelt. Große Sorgfalt wurde ebenfalls auf den Reinprozess der Gerste, wie das Därten, das Maischen und die Gärung verwandt.

Nach dem Dreißigjährigen Kriege hatte das Bier, welches allerdings durch die Wirren dieser langjährigen Kämpfe an Güte erheblich verloren hatte, unter der Einführung von Tee und Kaffee zu leiden. Aber die Geschichte lehrt, dass dann wieder auch das Bier, allerdings infolge wesentlicher Verbesserungen, den Kampf mit den eben genannten Rivalen siegreich bestanden hat.

Im Laufe der Zeit bildeten sich Biere von lokaler Bedeutung und nationalem Ruf heraus. Als die Soldaten Napoleons z. B. das Berliner Weißbier lernen lernten, brachten sie dafür die Bezeichnung „Champagne du Nord“ auf. Diese Biere von lokaler Bedeutung wurden oft ganz merkwürdige Eigenschaften aufgewiesen. So berichtet der „wohlerfahrene und kuriöse Kellermeister“, ein in Nürnberg im Jahre 1710 erschienenes Buch: „Wenn man sich häufig mit dem Hamburger Weißbier trifft, dann kann man das Brüsseler Waschwasser und alle anderen Belebungsmittel entbehren, dann gibt es auch eine glatte

Sich der Beratung des Gemeindebestimmungsrechts? War es nicht ein Stückchen Einfluß, der uns in den meisten Fällen fehlte?

Um Gegenstanz zu der Ansicht des Kollegen Hohapp stelle ich neben der finanziellen Stärke, der gewerkschaftlichen Durchbildung, die numerische Stärke in den Vordergrund. Kann man nun auf Grund einer Verschlechterung der Unterstützung oder sonstigen Einrichtungen Gegner der Verhältniszulage sein? Ich sage nein, denn die Persönlich-, Beitrags- und Unterstützungsvereinigung darf kein Hindernis sein, so haben die Delegierten in Augsburg einstimmig beschlossen. Beruft man sich über auf den folgenden Absatz der Resolution, daß „lobale Sanktionen“ zu stande gekommen sind, welche die Interessen unserer Mitglieder sicherstellen“, nicht Rechnung getragen sei, so muß allen Ernstes gesagt werden, daß die Mitglieder durch ihre Abstimmung bewiesen haben, daß sie trotz der Verschlechterung eine tragbare Mehrheit für die Verschmelzung aufzustellen brachten. Deber Abstimmung wußte, um was es geht, trotzdem haben 39 Abgeordnete von 48 000 für die Verschmelzung gestimmt. Gibt denn nun der neue Statutenentwurf in der Unterstützungs- und Beitragsfrage etwas Neues? Nein, denn über die Verschlechterungen, die eingegangen werden sollen, waren die Mitglieder in Nr. 15 der Verbands-Zeitung vom 10. 4. 1926 orientiert. Daß sind nur zwei Unterschiede gegen den neuen Entwurf, und zwar einmal in den Lagesunterstützungssätzen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Diese waren mit 1/2 Durchschnittsbetrag vorgegeben und sind im neuen Entwurf geändert in 1 und 1/2 Durchschnittsbeträgen, außerdem ist die Unterstützungsperiode von 66 auf 78 Wochen heraufgesetzt worden. Das letztere gibt mir Gelegenheit, zu fragen, warum man von dem aufgestellten Grundsatz abgewichen ist. Es beweist dies, daß man in der Kommission über diese Frage einstimmig war, und es kann nicht allzu schwer fallen, daß die Beibehaltung der 66 Wochen durchgeführt wird.

10 Prozent sollen die Düsseldorfer erhalten für Agitation usw., ein Sach, der nicht ausreicht, oder aber man muß sich schon von vorhernein darauf einzustellen, daß dieser Sachausreicht, und dann liefert die Agitation usw., darunter, Ich halte es überhaupt für unangemessen, für bielle Mängel einen Prozentsatz festzulegen. Unser jekiges System hat nicht nur wegen seiner Einfachheit den Vorteil, sondern gibt auch die Gewähr, daß die für solche Zwecke verausgabten Gelder der Hauptverwaltung zur Kontrolle stets zur Verfügung stehen.

Der Einrichtung bzw. dem Ausbau der Alters- und Invalidenunterstützung kann man das Wort reden, aber, daß man bis zu einem Beitrag von 30 Pf. geht, ist entschieden zu hoch. Ich nehme an, daß vier Verbandsfinanzminister an diesem Beschluss mitwirkten, und komme zu dem Ergebnis, daß man nach finanziell — schwarz in schwarz gemalt hat. Nehmen wir noch abzüglich aller Arbeitslosen und Kranken 100 000 Mitglieder (die Ziffer ist bestimmt nicht zu hoch, Kollege Hohapp), und bleibend wir bei 10 Pf. wöchentlichem Pflichtbeitrag für alle Mitglieder, so ergibt das eine Jahreseingehn von 520 000 Mark. Nehmen wir weiter einen Durchschnittsbeitrag von 20 Pf. monatlicher Unterstüzung und setzen die Zahl der Mitglieder auf 2000, so ergibt das eine Jahresausgabe von 480 000 Mark. Alle Positionen sind in der für uns ungünstigsten Weise herausgegriffen und man muß schon nochmal fragen, ob die bis zu 30 Pf. gehenden Invalidenbeiträge nicht eine, gelinde gesagt, neue Schwierigkeit bieten sollen. Probiert es mit den 10 Pfennigen, und nach einer bestimmten Zeit kann man genau rechnen und dann endgültig beschließen.

Der Herausbuchung des Unterstützungsbezuges im Höchstfalle um 80 Tage muß m. E. zunächst hingenommen werden. Man sorge aber dafür, daß man nach zwei Jahren die Möglichkeit hat, eine Angleichung, soweit sich dies ermöglichen läßt, an unser heutiges System herbeizuführen. Was wir heute haben, ist Errungenschaft Jahrzehntelanger Arbeit, und was uns als alleinige Organisation möglich war, kann doch nicht unmöglich sein, wenn man mit anderen Organisationen verbündet ist. Ich kann mir keine schönere Solidarität denken, als wenn man unter Berücksicht auf schon Erworbenes versucht, den noch Zurückzuhenden dasselbe mit zu erreichen.

Die Beschlüsse, die in Leipzig geschafft werden, sind nicht

nur von außerster Wichtigkeit, sondern sie werden augleich ein Maßstein in der Geschichte unserer Bewegung bilden. Gines gibt es nur, entweder es wird der Weg frei, um zum Ziel der Industrieorganisation zu gelangen, oder aber es wird auf absehbare Zeit sich nicht wieder die Gelegenheit bieten, dazu zu kommen. Wer will denn das Odium auf sich laden, dazu beigetragen zu haben, daß dieser Weg verlegt wird? Unsere Lösung soll sein, wir wollen das nicht, tun es aber die anderen, so haben wir unsere Pflicht und Schuldigkeit getan für uns selbst und der in Frage kommenden Arbeiterschaft.

Daß hätte es für unrichtig, auf den § 58 unserer Satzungen hinzuweisen. Ohne vorherige Änderung dieses Paragraphen sehen wir uns der Gefahr aus, in den Verdacht zu kommen, daß wir es nicht ernst gemeint haben. Die Änderung dieses Paragraphen von vier Fünftel auf zwei Drittel der anwesenden Vertreter wird das mindeste sein, was man zuerst behandeln und beschließen muß.

Wäre der Raum unserer Zeitung nicht so besetzt, so würde ich Gelegenheit nehmen, manchen „Paulus“ von heute, seinen „Gaulus“ von früher entgegenzuhalten. Da ich das aber nicht kann, so bitte ich alle Kollegen, nehmt die Verbandszeitung Nr. 18 vom 1. Mai 1926, lese den Artikel des Kollegen Biendlowski neben den der Nr. 29 vom 16. Juli; nehmt ferner das Protokoll des 22. Verbandstages, vergleicht die Ausführungen des Kollegen Küster, Seite 123, mit denen in Nr. 27 der Verbandszeitung vom 2. Juli 1927 und man wird zu derselben Auffassung kommen wie ich: „es ändern sich die Zeiten und die Menschen.“

Schulze, Magdeburg.

„Es ist etwas Heiliges um Löhne . . .“

Die Ford Motor Co., das Werk des bekannten amerikanischen Automobilunternehmens, gab im Dezember 1924 ein Buch über die Entwicklung der Ford-Werke heraus. In diesem Buche werden Arbeitersätze und ihre Wirkungen folgendermaßen beurteilt: „Es ist etwas Heiliges um Löhne; sie stellen Heime und Familien und häusliche Schicksale dar. Man sollte sehr vorsichtig sein, wenn man an Lohnfragen einen Prozentsatz festzulegen. Unser jekiges System hat nicht nur wegen seiner Einfachheit den Vorteil, sondern gibt auch die Gewähr, daß die für solche Zwecke verausgabten Gelder der Hauptverwaltung zur Kontrolle stets zur Verfügung stehen.“

Wunderschöne Sache. Löhne bedeuten in der Tat Glück und Zufriedenheit für Millionen von Menschen. Der Lohnstandard zeigt zugleich die Höhe der Lebenslage eines Volkes an. Er zeigt den Anteil, den die große Masse der Menschheit an die Kultur der Gegenwart zu stellen in der Lage ist. Dies gilt um so mehr für ein Land wie das unsrige, das einen sehr hohen Prozentsatz von Lohn- und Gehaltsempfängern hat. In den Geschäftsbüchern sind allerdings Löhne nur Zahlen. Löhne sind dort Unkosten. Witten sind die Arbeiter Unkostenfaktoren. Doch draußen in der Welt wird die Wohlwirksamkeit von diesem Sammelbegriff der Masseneinkommen in Bewegung gesetzt und maßgebend bestimmt.

Die deutschen Gewerkschaften haben seit Anfang 1924 geradezu Unmenschliches geleistet, um das damalige Rücksicht der großen Masse der Bevölkerung wenigstens soweit zu verbessern, daß es den Erfordernissen eines kulturellen Lebens einigermaßen entspricht. Unsere Kollegen mögen sich einmal dreizehn Jahre zurückversetzen und die Entwicklung bis jetzt an sich vorüberziehen lassen, und sie werden bestunden, daß es eine Großtat der Gewerkschaften war, in verhältnismäßig so kurzer Zeit eine beratige Entwicklung herbeizuführen. In den letzten Monaten ist es in Deutschland gelungen, die Löhne über das Verhältnis von 1926 hinauszutreiben. Doch noch immer ist der Lohnstandard vieler ausländischer Staaten nicht erreicht. In dem soeben erschienenen Heft „Die Wirtschaftskurve“, jener vorzüglichen Schrift, die alle Vierteljahre vom Verlag der Frankfurter Zeitung herausgegeben wird, befinden sich Meßzahlen der internationalen Realitäten. Sieht man die Meßzahlen auf der Basis der Lebensmittelmenge, wie sie in Arbeiterhaushaltungen in folgenden Ländern verbraucht werden, einem Vergleichsgrund, dann ergibt sich folgendes Bild, wenn man den Londoner Lohn gleich Hundert nimmt:

Belgien und Frankreich: London 100, Amsterdam 86, Berlin 60, Brüssel 43, Kopenhagen 107, Paris 56, Philadelphia 168, Prag 48 und Wien 57. Centraleuropa: London 100, Amsterdam 95, Berlin 72, Brüssel 40, Kopenhagen 120, Paris 59, Philadelphia 169, Prag 48, Wien 48. Großbritannien: London 100, Amsterdam 70, Berlin 62, Brüssel 43, Kopenhagen 117, Paris 53, Philadelphia 183, Prag 47, Wien 41. Skandinavische Länder: London 100, Amsterdam 94, Berlin 78, Brüssel 46, Kopenhagen 142, Paris 65, Philadelphia 193, Prag 52, Wien 52. Die Berliner Reallohnswerte also, mit denselben Londonen in Vergleich gelegt, zwischen 60 und 78 Prozent. Die höchsten Reallohnswerte hat Kopenhagen. Die skandinavischen Länder befinden sich überhaupt in einer guten wirtschaftlichen Verfassung. Wohl sind die dortigen Industriellen dabei, die im Kriege und infolge von Währungsschwankungen erhöhte Löhne herabzusezen. Doch scheinen die Gewerkschaften dort stark genug zu sein, dieses für die betreffenden Länder volkswirtschaftliche Unglück abzuwenden. In der „Vossischen Zeitung“ vom 12. Juli schildert Dr. Richard Löwenthal auf Grund eigener Beobachtungen die Verhältnisse in Skandinavien, wobei er folgende Feststellungen macht:

„Die Lebenshaltungskosten sind, nach Wiederherstellung der Goldparität in Dänemark fast doppelt so hoch, in Norwegen mehr als zweimal so hoch als vor dem Kriege. Aber im Gegenjahr zu den meisten anderen Deflationsländern, hat in Skandinavien die Steigerung der Löhne selbst die Rekordsteigerung der Preise noch übertrffen. Der qualifizierte Arbeiter erhält in deutschem Gelde ausgedrückt einen Stundenlohn von 1,50 bis 2 Mark, nicht selten mehr. Das ergibt, auch bei Oslo und Kopenhagens Preisen, sehr ansehnliche Reallohnswerte, und da Sparen nicht die starke Seite der Skandinavier ist, so hat der nordische Arbeiter heute wohl den höchsten Lebensstandard in Europa. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch Unparteiische Nationalökonomen sehen in den hohen Löhnen die Quelle allen Übels. . . Die Frage ist nur, ob man nicht die Werturteile und Folgerungen dieser Lehre einmal revidieren möchte; ob es wirklich angebracht ist, eine Volkswirtschaft für stark und bedauerlich zu halten, weil 5 oder 10 Prozent der Bevölkerung arbeitslos sind und mit dürftigen Unterstützungen auskommen müssen, während zur selben Zeit der weitaus größte Teil des Volkes besser lebt als früher. . . Vielleicht ist es an der Zeit, sich von den hergebrachten „wissenschaftlichen“ Krisenvorstellungen, mit denen allenthalben die öffentliche Meinung belastet ist, frei zu machen und zu dem primitiven Sach des Engländer Bentham zurückzukehren: daß das Leid am ehesten Biel ist für das möglichst größte Glück vieler Leid kann. Sieht man unter dieser Ansicht die Vorgänge im Norden an, so bleibt die Feststellung, daß die skandinavischen Länder heute zu den glücklichsten der Erde gehören.“

Es wird leider noch eine geräumige Zeit vergehen, ehe man auch Deutschland in eine solche Kategorie der glücklichen Länder einschließen kann. Deutschland hat sicher nicht die schlechtesten Reallohnswerte der europäischen Länder, aber es steht doch immerhin um vieles gegen diejenigen zurück, die die höchsten haben. Die günstige Entwicklung der Massenkonsums in Deutschland ist ein erstaunliches Zeichen für die gegenwärtige Konjunktur. In dem bereits erwähnten Heft der „Wirtschaftskurve“ finden wir in dem Artikel „Produktion und Umlauf“ folgende Bemerkung: „Das Wettbewerbswert an der jetzigen Lage scheint zu sein, daß nunmehr besonders vom Handel ein stetiger kräftiger Impuls zur Steigerung der Produktion ausgeht, und zwar in einigen Abteilungen (z. B. Eisenwaren, Maschinen und Textilien aller Art) in solchem Umfang, daß man diese erhöhte Nachfrage als fast zu weitgehend bezeichnet.“ Außerdem regnet der Handel auf Grund seiner engeren Führung mit dem letzten Abnehmer für die nächste Zeit mit anhaltender Nachfrage von dieser Seite her.“ Die gewerkschaftliche Arbeit der letzten Zeit und deren Erfolge findet also in objektiven Wirtschaftsbetrachtungen ihre Begründung. Ja, es ist etwas Heiliges um Löhne. Sie bedeuten Kultur, Glück und Zufriedenheit. Wer der Ansicht ist, daß hierin in Deutschland noch nicht alles erreicht ist, der möge um die weitere Kräftigung der Gewerkschaften bemüht sein.

Ertrag für abgetriebene Ferienhelme.

Von der Ferienheimgenossenschaft Naturfreunde in Jena wird uns geschrieben:

Sofort, nachdem dem einstigen Gothaer Herzog seine dem Volke gehörigen Besitzungen wieder geschenkt worden waren, mußte die Ferienheimgenossenschaft das Ferienheim Reinhardtsbrunn räumen. Über der Säule wurde pariert. In Friedrichroda erstand als Ersatz ein größeresheim.

Auch die Kreisvereine gegen das Stutenseehaus, das dem preußischen Staate gehört, hätten jetzt bestmöglich Erfolg. Die Genossenschaft, die nur Unterpächter war und die Pachtsumme pünktlich gezahlt hatte, slog hinaus wegen angeblicher Mietshilfen. (In der Tat war die Summe auf Wunsch der Regierung an diese direkt und nicht an den eigentlich zuständigen Pächter gezahlt worden.) Über der Pächter, der seit 1921 keinen Pfennig an die Regierung entrichtet hat, der sitzt heute noch im Stutenseehaus. Der Streich war endlich gelungen.

Aber auch hier irrten die Herrschaften, wenn sie annahmen, daß die Ferienheimgenossenschaft dadurch in großer Verlegenheit gebracht werden würde. Noch nicht eine Woche nach der erzwungenen Räumung des Stutenseehauses wurde der Betrieb in einem nunmehr älteren Helm im Frauendorf in noch besserer Lage — vorläufig noch in beschränktem Umfang — wieder aufgenommen. Auch hier wurde der Streich glänzend pariert.

Das Ferienheim Frauenwald ist räumlich größer als das Stutenseehaus. Es besteht aus zwei großen Gebäuden. In diesem Herbst sind noch einige Umbauten vorzunehmen, Wände einzuziehen. Nach Fertigstellung werden etwa 140 Personen Unterkunft finden können. Die Bauleichtigkeiten sind maßgeblich als das Stutenseehaus. Es ist Zentralheizung, Badeeinrichtung und teilweise Wasserkloset vorhanden, zweitessig ein wesentlicher Gewinn. Küche und Speisesaal liegen nebeneinander im Erdgeschoss, womit die unbedeutlichen Gestände im Stutenseehaus (die Küche hatte ihren Platz im Keller) befreit sein werden. Frauendorf ist für den Wintersport wie geschaffen. Beste Gelegenheit bietet auch Oberhof nicht. Eine Wintersause vom Feinsten führt der Steinweg, jener alte Völkerwanderungsweg, vorüber.

Domela, der Müller, als Kronprinzenjohn.

Von dem erweiterten Schöffengericht in Köln wurde der falsche Kronprinzenjohn Domela zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, wovon 6 Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden. Dieser Prozeß gab ein treffendes Bild von der Seelenverfassung, in der sich ein großer Teil der deutschen Bevölkerung trogt der oft führt seit dem Bestehen der Republik befindet. Eigentlich ist es verwunderlich, daß dieser junge Mann verurteilt werden könnte, wo ihm doch die Rolle „Königliche Hoheit“ zu spielen formlich aufgerägt wurde.

Domela ist einer von denen, der von den Wellen des Weltkrieges aus seitlich beschädigten Seite in einer baltischen Mühle aufgeschreckt und in das ruhige Leben eines internationalen Bagabündens gestoßen wurde. Als Angehöriger eines Freikörpers kam er nach Deutschland und hat sich hier mit wechselnden Erfolgen als Gelegenheitsarbeiter, als Reisender usw. betätigt. Dabei fand er, daß er in solchen Gegenden wie beispielsweise Potsdam, wo er als Reisender tätig war, als Baron oder Graf glänzende Geschäfte zu machen in der Lage war. Der Appetit kommt beim Essen. Seine Lebenssöhne führt ihn auch nach Thüringen, wo er in Erfurt in einem der besten Hotels absteigt. Seine Neugierigkeit mit dem ältesten Sohne des früheren Kronprinzen ließ in dem Hotelier den Gedanken aufsteigen, daß dieser junge Mensch zu etwas Höherem gehören müsse. Und nun kam der interessante Film ins Rollen. Kommerzienrat, Militärs, Überbürgermeister, Theaterdirektoren usw. laufen sich gegenseitig den Rang ab, dieser neugebackene „Königliche Hoheit“ gefällt zu sein. Trotzdem diese „Königliche Hoheit“ alias Baron von Kortz seine Umgebung ständig anpumpt, ging die Zeremonie ruhig weiter.

Der ehemalige Schuster Goist, der unsterbliche „Hauptmann von Köpenick“ und dieser Jungling aus dem Volkstum haben zu zeigen verstanden, welche Gedankenlosigkeit, Dummmheit und Unterwürfigkeit sich in den Köpfen der Fürstenlokaien zusammendrängt. Man hätte Domela in Köln nicht verurteilen, sondern eine Belohnung geben sollen. Er hat die deutschen Hohenzollernspießer tressend gekennzeichnet. Dafür gebührt ihm Dank.

Aus der Industrie.

Brauereiabschlüsse.

Kassel. 7 Proz. Dividende liegen vor bei der **Hessischen u. Herkules-Brauerei**. Die Abschreibungen sind mit 234 000 M. wesentlich höher als der Reingewinn von 191 000 M. Das Kapital der Firma beträgt 2 200 000 M.

Oberkassel. Die **Oberkasseler Brauerei A.-G.** mit 438 000 M. Kapital verteilt 5 Proz. auf die Stammaktien.

Frankfurt a. Main. 10 Proz. Dividende verteilt die **Brauerei Henniger-Kempf-Stern A.-G.** Der Bruttogewinn stellt sich auf etwa 20 Proz. Die Kapitalziffer lautet 3 960 000 M.

Die **Riesen dividende von 20 Proz.** liegt bei der **Schäfferhof Binding Bürgerbräu A.-G.** vor. Der Bruttogewinn dieser Firma bezeichnet sich auf 34 Proz. Das Kapital beträgt 5 Millionen Mark. Für die Aktionäre ist das mit der günstigsten Brauereiabschluß.

Königswinter im Taunus. Bei der kleinen Exportbierbrauerei August Peter liegen hohe Gewinnziffern vor. Bei 130 000 M. Kapital beträgt der Reingewinn 59 000 M. oder 45 Proz. Dazu kommen 22 000 M. für Abschreibungen auf Anlagen.

Hanau. Einen Bruttogewinn von 22 Proz. und einen Reingewinn von 11 Proz. bilanziert das **Hofbrauhaus Hanau**, vormals G. Ph. Nicolaus A.-G. Das Kapital der Firma beläuft sich auf 720 000 M.

Mühlen.

Duisburg. Die **Rosin-Mühlen A.-G.** in Duisburg verzeichnet bei einem Aktienkapital von 2,1 Millionen Mark 154 000 M. (7 Proz.) für Abschreibungen und 5 Proz. als Gewinn.

Liebschwitz a. d. E. Die Kunstmühlwerke Boisch weisen einen Bruttogewinn von 15 000 M. und einen Reingewinn von 9000 M. bei einem Kapital von 275 000 M. aus.

Reiningen. Die Mühlenvereinigung Themer erzielte bei 2000 M. Abschreibungen 1000 M. Gewinn auf das Kapital von 100 000 M.

München. Einen sehr beträchtlichen Gewinn erreichte die **Kunstmühle "Tivoli"**. Der Bruttovertrag bezeichnet sich auf etwa 22 Proz. bei einem Kapital von 1 Million Mark, der Reingewinn auf 14 Proz., wenn auch die Dividende nur 6 Proz. beträgt.

Malzfabriken.

Erfurt. Die **Malzerei-Industrie A.-G.**, die ein Kapital von 500 000 M. hat, gibt keinerlei Dividende an, sondern nur einen Gewinn von 95 000 M. (19 Proz.) nach nur 2000 M. Abschreibungen.

Schweinfurt. Die **Malzfabrik Schweinfurt A.-G.** weist ein Kapital von 750 000 M. und eine ungewöhnlich hohe Reserve von 207 000 M. auf. Der Gewinn beträgt 160 000 M. oder 21 Proz. des Aktienkapitals.

Brennerei, Brühse, Bitter.

Altona. Die **Weindennerei Trüffel u. Co.** weist auf 100 000 M. Aktienkapital 2000 M. Gewinn und 4000 M. Abschreibungen auf.

Hamburg. Spiritusbrennerei **Karl Sternberg A.-G.** hat mehr als das Hälfte des Aktienkapitals verloren. Dem Kapital von 200 000 M. steht ein Verlustsaldo von 254 000 M. gegenüber.

Berlin. Hingegen hat die sehr große Brennerei, Brühse- und Kornspiritusbrennerei von F. Böhl A.-G. 7% Proz. Dividende verteilt und übrigens einen Bruttogewinn von etwa 18 Proz. erzielt. Das Kapital der Firma beträgt 3,6 Millionen Mark.

Königsberg i. Pr. Die Firma F. O. Preuß, die Spiritus, Spirituosen und Wein führt, schüttet 6 Proz. Dividende aus und hat einen Bruttogewinn von 13 Proz. erreicht. Das Kapital beträgt 520 000 M.

Wein, Sekt, Fruchtwein.

Gießen i. Hessen. Die Firma E. C. Trapp Nachf. Großhandlung in Weinen und Obstbrennerei, meldet einen Gewinn von 1000 M. bei einem Kapital von 100 000 M. an.

Urheisrecht.

Schutz der Betriebsratsmitglieder.

Die abgewiesene **Feststellungssklage** der **Großen Röhre, Nels.**

Wir haben in Nr. 22 der "Verbands-Zeitung" auszugsweise ein Urteil des Landgerichts Nels wiedergegeben, wonach die Große Röhre in Nels verurteilt wurde, an die entlassenen Betriebsratsmitglieder H. und G. den Lohn zunächst für drei Monate weiterzuzahlen. Die Große Röhre hat dann trotzdem **Feststellungssklage** erhoben, daß die beiden Betriebsratsmitglieder seit 1. Juli 1926 nicht mehr im Arbeitsverhältnis bei ihr ständen. Das Landgericht Nels hat mit Urteil vom 25. Juni 1927 auf diese Klage zurück gewiesen mit fast der gleichen Begründung wie in Nr. 22, und verbleibt es bei dem Urteil, das die Weiterzahlung des Lohnes angeordneten hat.

Aus Beruf und Betrieb.

Arbeitsverhältnisse in den Röhren in Burg.

Zu der Roland-Röhre und Villoria-Röhre haben sich Betriebsräte vereinbart, die nicht mehrbrochen blieben können. Erst später in Burg noch eine Anzahl Müller und Monteurarbeiter entschlossen sind, sich es mit die Roland-Röhre angelegen zu sein, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zwölf Stunden arbeiten zu lassen. Diese Verbesserung der Arbeitszeitverordnung ist umgesetzt. Wenn die Arbeitszeitverlängerung eines sozialen Verständnis hätte, würde sie die arbeitenden Monteurarbeiter empfehlen. Die Röhre kommt es sich aber nicht darum.

Noch viel schwieriger steht es in der Villoria-Röhre aus. Hier den Betriebs-Röhren-Komitee existiert überhaupt keine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit ist dort unbefriedigend. Man sollte es tunen nur möglich halten, daß von einzelnen Arbeitern pro Woche bis zu 20 Stunden gearbeitet werden müssen. Einem Arbeiter ist es peinlich, als er nach 18 Stunden Arbeitstag schlafen gehen möchte, daß er von 8 bis 12 Uhr zur Ruhe gebracht und darauf erledigen werde. Das sind keine Einzelheiten. Diese mittleren Verhältnisse sind bei Röhre die Regel. Es kann erstaunlich die schlechtesten Verhältnisse aus seiner Sicht aufzeigen müssen. Röhre beschäftigt offiziell keine Arbeiter aus

Burg. Die Arbeiterschaft in Burg ist wohl gut genug, Produkte des Roehle zu konsumieren, seine Arbeitskräfte holt er sich aber aus Ostpreußen. Damit nicht genug. Fällt es einem Arbeiter ein, sich gegen die Ausbeutung zu wehren, dann muß er gewaltsam sein, daß ihm noch Schläge angeboten werden, wie es schon vorgekommen sein soll. Dabei treten die Herren förmlich vor christlicher Frömmigkeit.

Schuld an diesen Verhältnissen sind die Arbeiter zum größten Teile selbst. Viel zu lange haben sie sich über Gebühr ausbeuten lassen. Es gibt noch Mittel und Wege, damit die Bäume des Herrn Roehle nicht in den Himmel wachsen, das ist die freie gewerkschaftliche Organisation. Es ist auch an der Zeit, daß sich die Gewerbe polizei mit den Mühlenbetrieben in Burg einmal ernstlich beschäftigt. Wir hoffen, daß diese Zeilen Veranlassung werden, daß dort einmal nach dem Rechten gesehen wird.

Kempten. Das 25jährige Dienstjubiläum des Braumeisters Paul Kramer vom Allgäuer Brauhaus und des Bierführers Kollege Hof feierte die gesamte Belegschaft mit ihren Angehörigen. Ein gutes Zeichen für das verständnisvolle Zusammenarbeiten zwischen Leitung und Arbeiterschaft ist die Tatsache, daß 19 Angestellte und Arbeiter 25 und mehr Jahre im Betrieb tätig sind, und daß die Zusammenghörigkeit in der Organisation in keiner Weise je gestört wurde.

Bewegungen im Berufe.

Streik der Mühlenarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen.

Nachdem der Manteltarifvertrag von Arbeitnehmerseite zum 30. Juni d. J. gefündigt war, teilten die Arbeitgeber mit, daß auch sie beschlossen hatten, den Manteltarifvertrag zu kündigen. Das am 1. November 1926 vereinbarte Lohnabkommen wurde ebenfalls Arbeitnehmerseite zum 30. Juni d. J. gefündigt.

Von Arbeitnehmerseite wurden folgende Hauptforderungen gestellt: Beseitigung der neunten Stundensumme, Einführung von Wochenlöhnen, Eingruppierung der gelernten Müller in Lohnklasse I und ein Spiegelwochenlohn von 53 M. ab 1. Juli 1927.

Die Verschlechterungsanträge der Arbeitgeber waren: Fortfall der Entlohnung an gesetzlichen Feiertagen, Beseitigung des Mitbestimmungsrechts der Betriebsvertretung bei Anordnung von Überarbeit über 54 Stunden, Einführung von acht Lohnklassen (bisher sechs), Beseitigung der Differenzbezahlung zwischen Lohn- und Krankengeld bei Krankheit, welche bisher auf die Dauer von drei Wochen bezahlt wurde. Nur Bezahlung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit.

Über die beiderseitigen Anträge fanden am 1. und 6. Juli d. J. Verhandlungen statt, die resultatlos verliefen. Die Arbeitgeber ließen von vornherein jeden Verständigungswillen vermissen und setzten ihre Hoffnung auf die Entscheidung einer Schlichtungsstelle. Diese wurde dann vereinbart, sie tagte am 7. Juli d. J. unter Vorsitz des Herrn Prof. Dr. Erdel-Mannheim und fällte gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeiräte einen Schiedsspruch, nach welchem der alte Manteltarifvertrag in Gelting wiederholt wird. Die Löhne sollen ab 1. Juli d. J. um 7 Pf. pro Stunde erhöht werden mit Bindung bis 31. März 1928.

Der Schiedsspruch wurde am Sonntag, dem 10. Juli d. J. durch Urabstimmung nahezu einstimmig abgelehnt. Auf Grund dieses Resultats fand am Dienstag, dem 12. Juli, eine nochmäßige Verhandlung statt, die ergebnislos verlief, da die Arbeitgeber jedes weitere Zugeständnis, auch den Hauptstreitpunkt, Abgeltung der am 1. Oktober d. J. eintretenden Wettbewerbsförderung in Form einer weiteren Lohnerhöhung ab dieses Zeitpunkts, ablehnten. Der durch Urabstimmung beschlossene Streit trat, da alle Verständigungsmöglichkeit erschöpft, in Kraft und legten die Mühlenarbeiter am Dienstag, dem 12. Juli, nach Beendigung der Schicht, einmütig die Arbeit nieder.

Von Arbeitgeberseite ist die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt und sind die Parteien hierauf am Freitag, dem 15. Juli, zur Verhandlung vor den Landesrichter gekommen. Neben den Stand des Streits ist zu berichten, daß die gewerbligen Arbeitnehmer den Kampf einmütig und geschlossen führen. Einige technische und einige Bureauangestellte lassen sich, wie bei jedem Streit, zur Leistung von Staatsreise Dienstien herbei. Diese Proletarier sollten endlich einsehen lernen, daß der Kampf der Arbeiter auch ihr Kampf ist, und Streikarbeit verweigern.

Wie uns in letzter Stunde mitgeteilt wird, ist der Streik der Mühlenarbeiter, nachdem eine Einigung erzielt, beendet; die Arbeit wurde am Montag, 18. Juli, vollzählig wieder aufgenommen.

Aus der Organisation.

Wiesbaden. In der Versammlung am 11. Juli wurde bekannt gegeben, daß noch nicht alle Mühlen die Zulage von 2 M. bezahlt. Die Kollegen in den Mühlen des Pleizen-ganges sollten das bemühen, um sich noch sicher an ihre Organisation einzufügen. In den Reges Mühlenwerken wurde zum erstenmal der Tarif zur Anerkennung gebracht. Als sonderbar fand man es, daß der ehemalige Betriebsleiter der Wiesbadener Malzfabrik, Herr Städler, jetzt als Kandidat für einen Betrieb der CGE antritt. Nach Beschilderung mit dem Statutenentwurf wurde Kollege Böttiger einstimmig zur Kandidatur zum 23. September in Vorlage gebracht und besonders bewundert, gegen diesen Kandidaten zu stimmen.

Gießen. Unser treuer und tapferer Kollege und langjähriger Schriftführer E. G. Krebs wurde uns infolge eines kurzen horrnässigen Leidens, Knochenentzündung, durch Tod entrissen. Als ein rechter Berater für unseren Verband und Betriebsrat der Altenburger Käse wirkt er für die Interessen seiner Kollegen. Wir werden seine Opferwilligkeit nie vergessen, und er wird uns stets in Erinnerung bleiben!

Rundschau.

Die Tätigkeit zur Verschmelzungfrage.

Die Berliner Mitgliederversammlung des Röntcherverbandes am 5. Juli beschloß erneut, trotz vieler Bedenken gegen den vorliegenden Entwurf, für die Verschmelzung zu stimmen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro, Redaktion und Expedition der "Verbands-Zeitung". Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hanja 4934.

30. Beitragswoche vom 17. bis 23. Juli

Gestohlenes Mitgliedsbuch.

Das Mitgliedsbuch Nr. 293 779, lautend auf Karl Wahl, Fabrikarbeiter, geb. 20. Februar 1863 zu Glebenow, eingetreten 2. Mai 1909 in Greifswald, ist gestohlen worden. Es ist ausgestellt. Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse

vom 11. bis 16. Juli.

(Postsekretärin der Hauptkasse: Berlin 12 079, Brauerei- und Mühlenarbeiter H. m. b. g. Berlin NW 40.)

München 19 960.— Frankfurt a. M. 7189/72, Leipzig 5,44. Bürzberg 1800.— Dresden 450/71, Lübben 167,50. Neukirch a. d. S. 449,80. Altenbergh 1500.— Osterburg 81,60. Straubing 288,58. Berlin 136,95. Breslau 283,89. und 18,50. Hamburg 19 818,83. Liegnitz 809,95. Berlin 56,66. Ansbach 571,60. Bayreuth 334,95. Burg 256,08. Elmsdorf 1549,10. Hagen 206,— und 0,85. Königsberg i. d. Pr. 134,90. Rosenheim 250.— Schwabmünchen 27,45. Speyer 584,54. Frechen 11,20. Köln 5,50. Aueldeinstadt i. S. 10,80. Löden 81,— Kiel 37,40. Siegen 89,78. Bremen 322,04. Berlin 750.— Bamberg 517,65. Brieg 222,40. Celle 29,25. Delitzsch 183,95. Dessau 124,80. Dortmund 1000.— Elberfeld 1031,60. Fallstein 287,01. Flensburg 287,40. Gerbstedt 136,76. Glad 280,65. Hameln 279,59. Heidelberg 77,16. Kelbra 68,— Kempten 1022,25. Krefeld 342,97. Laucha 67,95. Neubrandenburg 189,50. Oppeln 275,35. Osnabrück 280,15. Osterode 179,05. Parchim 310,88. Passau 1500,10. Schweidnitz 41,15. Sonneberg 203,20. Stargard 56,30. Wittenberg 308,88. Worms 112,84. Glad 5,50. Liegnitz 7,50. Gräbow 310,30. Marne 48,65. Auer 544,65. Rottbus 325,05. Dortmund 1000.— Dresden 500.— Erfurt 500.— Fürstenberg i. Mecklbg. 95,08. Guben 427,50. Areal 199,55. Landshut 158.— Ramsau 275,15. Reutlingen 103,80. Schleswig 44,75. Schneidemühl 144,80. Sigmaringen 309,35. Tübingen 251,31. Uelzen 128,71. Wartenburg 71,43. Wenigerode 185,68. Altenburg 3,— Deutzen 1,00. Wittenberg 227,40. Nürnberg 23 557,58 und 1112,70. Bremerhaven 170,80. Düsseldorf 1860,55. Harburg 438,— Heilbronn 1000.— Ruhland 2751,02. Minden 100.— Deggendorf 500,22. Niesa 75,12. Aueldeinstadt i. S. 148,87. Gorau 89,— Rassel 9,60. Heilbronn 7,70. Stuttgart 16,— Markt.

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Christianstadt. Vor.: Paul Schäfle, Christianstadt, Gießlung.

Briefkasten.

Erfurt. Anzeige für vorige Nummer zu spät eingetroffen.

Nachruf!

Am 25. Juni verstarb unser Kollege Philip Braun, Brauer, im Alter von 66 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Kollegen der Volks-

Brauerei Alzen, Wb., Hessen.

Zahlstelle Mainz-Wiesbaden.

Nachruf.

Nach monatlich schweren Leiden ist

am 11. Juli unter treuer Kollege

Anton Diermeier

im Alter von 65 Jahren gestorben.

Einhergehend Andenken ist ihm sicher.

Ortsverein Regensburg.

Nachruf.

</